

03.01**Jahresrechnung und Geschäftsbericht 2012; Genehmigung**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 3. April 2013 mit folgenden Anträgen:

1. *Die Jahresrechnungen 2012 der Stadtwerke, des Städtischen Haushaltes und des Altersheims Espel werden gestützt auf Art. 39 der Gemeindeordnung genehmigt.*
2. *Der Ertragsüberschuss 2012 der Stadtwerke von CHF 2'889'167 wird wie folgt verwendet:*

<i>Rückstellung für künftige Infrastrukturprojekte</i>	<i>CHF</i>	<i>2'689'167</i>
<i>Sondereinlage Energiefonds</i>	<i>CHF</i>	<i>200'000</i>
3. *Der Aufwandüberschuss 2012 des Städtischen Haushaltes von CHF 1'066'540 wird der Reserve für künftige Aufwandüberschüsse belastet.*
4. *Der Ertragsüberschuss 2012 des Altersheims Espel von CHF 372'232 wird in die Betriebsreserve eingelegt.*
5. *Der Geschäftsbericht wird gestützt auf Art. 39 Abs. 3 Gemeindeordnung genehmigt.*

Eintretensdiskussion:

Markus Mauchle, Präsident Geschäftsprüfungskommission (GPK): Die GPK hat in Zusammenarbeit mit der externen Revisionsstelle BDO die Jahresrechnungen sowie den Geschäftsbericht eingehend geprüft. Sie ist zum Schluss gekommen, dass die Buchführung rechtmässig erfolgte und die Amtsgeschäfte durch den Stadtrat übersichtlich geführt worden sind. Die GPK beantragt daher den Anträgen 1-5 zuzustimmen.

Monika Gähwiler-Brändle (SP), weist darauf hin, dass die SP-Fraktion zu Antrag 2 einen Gegenantrag stellen wird. Die Anträge 1 sowie 3-5 werden unterstützt.

Roman Steiger (CVP), stellt fest, dass in den Bereichen Stadtentwicklung und Standortförderung die gesetzten Ziele nicht erreicht wurden und hier zusätzliche Anstrengungen erfolgen sollten. Er beantragt auf die Jahresrechnung und den Geschäftsbericht einzutreten und den Anträgen zuzustimmen.

Hanspeter Fröhlich (FDP), stellt fest, dass das Defizit geringer ausgefallen ist, als budgetiert und aus den Reserven gedeckt werden. In den kommenden Jahren stehen grosse Aufwendungen bevor, deshalb ist über allfällige Steuererhöhung erst zu diskutieren, wenn die Auswirkungen des Entlastungsprogramms bekannt sind. Er stellt fest, dass der Stadtrat die Situation erkannt hat und spart. Die erwünschte Annäherung zwischen Investitionsbudget und -rechnung konnte im 2012 wegen Rückstellungen für das GESAK und hängigen Einsparungen nicht erreicht werden. Er beantragt Zustimmung zu den Anträgen.

Gallus Hälgi (SVP), weist darauf hin, dass seit 2001 erstmals ein Defizit resultierte, welches aber geringer ausgefallen ist, als prognostiziert. Die Abstimmung zum Steuerfuss hat gezeigt, dass anstehende Ausgaben nicht mit Steuererhöhungen, sondern mit Einsparungen oder einem Leistungsabbau zu finanzieren sind. Der Cashflow im 2012 hätte es grundsätzlich ermöglicht, die Kredite für die Investitionen 2012 zurück zu zahlen. Die Angaben zum Kapitaldienstanteil zeigen, dass das Defizit 2012 verkraftbar ist. Die künftigen Ausgaben sind auf das Notwendige zu beschränken. Er beantragt den Anträgen zuzustimmen.

Erwin Sutter (FLig), gibt das Rechnungsergebnis mit einem Minus von rund CHF 1 Mio. zu denken. Dies wird bei diesem Steuerfuss auch weiterhin so bleiben. Die Sparpakete des Kantons zeigen Wirkung, bei gleichzeitig sinkenden Erträgen. Erfreulich sind die Abschlüsse der Stadtwerke und des Altersheim Espel. Die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung mit der Firma Malik wird zeigen, wo Einsparungen möglich sind. Er beantragt, Zustimmung zu den Anträgen.

Das Ergebnis des Städtischen Haushalts

- Zur Investitionsrechnung - keine Wortmeldung
- Zur Laufenden Rechnung - keine Wortmeldung
- Zur Bestandesrechnung - keine Wortmeldung

Das Ergebnis 2012 der Stadtwerke

- Zur Investitionsrechnung – keine Wortmeldungen
- Zur Erfolgsrechnung – keine Wortmeldungen
- Zur Bestandesrechnung - es ergeht nachfolgender

Änderungsantrag Karl Bürki (SP):

Die Verwendung der Ertragsüberschüsse sei folgendermassen abzuändern:

Die Sondereinlage für den Energiefonds sei auf CHF 400'000 zu erhöhen.

Die Rückstellungen für zukünftige Infrastrukturprojekte sind um diesen Betrag zu kürzen und betragen neu CHF 2'489'167.

Gossau ist eine Energiestadt und sollte deshalb in erneuerbare Energien investieren. Eine Erhöhung des Energiefonds wäre eine gute Möglichkeit. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass dieses Förderprogramm immer rasch ausgeschöpft war.

Das Ergebnis 2012 des Altersheims Espel

- Zur Investitionsrechnung – keine Wortmeldungen
- Zur Laufenden Rechnung – keine Wortmeldungen
- Zur Bestandesrechnung – keine Wortmeldungen

Abstimmung:

1. Antrag 1 wird einstimmig angenommen
2. Antrag 2 des Stadtrates wird grossmehrheitlich angenommen, der Gegenantrag von Karl Bürki erhält 7 Stimmen.
3. Die Anträge 3-5 werden einstimmig angenommen.

03.02**Flächendeckendes Glasfasernetz (FTTH); Kredit**

Grundlage sind Bericht und Antrag des Stadtrates vom 5. Dezember 2012 sowie die Anträge der Vorberatenden Kommission vom 20. März 2013 mit folgenden Anträgen:

1. *Für die Erstellung eines flächendeckenden Glasfasernetzes wird ein Kredit von CHF 15.80 Mio. erteilt.*
2. *Für die Finanzierung wird die Rückstellung „Infrastrukturprojekte“ der Stadtwerke in der Höhe von CHF 2.51 Mio. aufgelöst.*
3. *Die restliche Finanzierung geht zu Lasten der Investitionsrechnung der Stadtwerke.*

Eintretensdiskussion:

Stefan Häseli (CVP) Präsident Vorberatende Kommission (VBK), zeigt rückblickend auf, dass in der Schweiz schon früher weitsichtige Infrastrukturprojekte trotz Bedenken realisiert wurden. Diese Weitsicht wünschte er auch dem Projekt FTTH. Gemäss seiner Zielgruppenanalyse sagen Visionäre, Realisten, Wirtschaftsförderer, solidarische und strategisch handelnde Menschen ja zu FTTH. Die Wirtschaft, die Industrie, die Dienstleistungsunter-

nehmen, alle brauchen ein leistungsfähige Netz für Up- und Download. Dies wird zu einem erheblichen Standortvorteil werden, bzw. zu einem gleichgrossen Nachteil falls dieses Netz nicht gebaut wird. Es ist auch Aufgabe der Öffentlichkeit, Grundinfrastrukturprojekte zu erstellen. Ansonsten springen private Anbieter in die Lücke, jedoch nur soweit es lukrativ ist. Er beantragt, den Anträgen zuzustimmen.

Leo Cozzio (CVP), empfiehlt namens der CVP-Fraktion, den Anträgen der VBK und des Stadtrates zuzustimmen. Es handelt sich um ein grosses, zukunftsgerichtetes Projekt, denn der elektronische Datenverkehr nimmt stetig zu. Für Wirtschaft und Private wird FTTH zu einem Standortvorteil. Es ist Sache der Öffentlichkeit derartige Projekte zu realisieren, um keine digitale 2-Klassen-Gesellschaft zu riskieren.

Felix Koller (FDP), war früher skeptisch, ist heute aber überzeugt vom Projekt. Eine weitsichtige Realisierung von Infrastrukturen hat sich in der Schweiz bewährt. Dies sollte auch bei FTTH so sein, denn auch heute sind nicht alle Entwicklungen voraussehbar. Erkennbar ist aber ein stetig steigendes Bedürfnis nach Bandbreite. Daher ist das Netz auf die Bedürfnisse der nächsten 30 Jahre auszulegen. Wer das Netz besitzt, kontrolliert den Preis, den Zugang und den Datenfluss. Deshalb muss das Netz in der öffentlichen Hand verbleiben. FTTH bedeutet auch, dass jede einzelne Wohnung erschlossen und somit eine 2-Klassen-Gesellschaft verhindert wird. Er beantragt Eintreten auf das Geschäft.

Karl Bürki (SP), ist die Realisierung dieses Infrastrukturprojekts ein grosses Anliegen. Die Nachfrage nach Bandbreite ist in den letzten Jahren unglaublich gestiegen und wird noch weiter steigen. Je höher die Bandbreite, umso mehr Internetanwendungen können gleichzeitig erfolgen. Wichtig sind insbesondere höhere Upload Geschwindigkeiten, da grosse Datenmengen heute in Clouds gespeichert werden. Ein Ausbau mit FTTH bringt einen erheblichen Standortvorteil für die Stadt Gossau. Er beantragt auf das Geschäft einzutreten.

Stefan Harder (FLig), pflichtet den Vorrednern vollumfänglich zu. Er betont, dass wir dieses Netz selber bauen müssen, um einen flächendeckenden Service-Public auch in Zukunft sicherzustellen. Er beantragt auf das Geschäft einzutreten und diesem zuzustimmen.

Claudia Martin (SVP) steht dem Projekt ablehnend gegenüber. Gossau hat schon ein Glasfasernetz, an welches öffentliche Bauten, Schulen etc. angeschlossen sind. Unternehmen können sich an bestehende Netze anbinden. Der Staat soll nicht in den Wettbewerb eindringen. Es sind Anbieter auch für Mobiltechniken vorhanden. FTTH ist ein Millionengrab, denn kaum jemand braucht diese Datenautobahn. Die knapp 16 Mio. Steuergelder sind in dringendere Projekte zu investieren. Erst im Jahre 2008 hat der Stadtrat auf eine einfache Anfrage geantwortet, dass nebst den Netzen privater Anbieter kein weiteres Netz benötigt werde. Die SVP-Fraktion wird die Anträge nicht unterstützen.

Markus Mauchle (CVP): nach seinen Erfahrungen sind die heutigen Mobil-Lösungen „peer to peer“ für das Gewerbe unbefriedigend. Die Wirtschaft benötigt dieses Breitbandnetz.

Gaby Krapf, Stadträtin, zeigen die abgegebenen Voten, dass die Dimension dieses weitsichtigen Projekts fast ausnahmslos erkannt wurde. Experten rechnen in der Zukunft mit einer Vervielfachung des Bedarfes an Übertragungskapazitäten. Mobile Übertragungstechniken genügen dagegen weder punkto Sicherheit noch Qualität. Die Stadt will damit weder in den Telekommunikationsmarkt eintreten, noch sollen Parallelnetze erstellt werden. Wichtig ist aber, dass das Netz allen interessierten Kunden zur Verfügung steht.

Detaildiskussion:

Wird nicht gewünscht.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Die Anträge 1-3 werden mit 22 Ja- gegen 8 Neinstimmen angenommen.

03.03

Masterplan GESAK; Planungskredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 5. Dezember 2012 sowie der Antrag der Vorberatenden Kommission vom 2. April 2013 mit folgenden Anträgen:

1. *Für die Erarbeitung eines Masterplanes GESAK wird ein Planungskredit von CHF 140'000 inkl. MwSt. erteilt. Der Masterplan ist im Sinne des Art. 39 Abs. 3 Bst. B GO dem Stadtparlament zur Genehmigung zu unterbreiten.*
2. *Der Stadtrat wird beauftragt, im November 2013 eine Grundsatzabstimmung über die Weiterführung eines Hallenbads durchzuführen. Die folgenden Fragen sollen in der Abstimmung geklärt werden:*
 - a) *Soll die Stadt Gossau weiterhin ein Hallenbad betreiben?*
 - b) *Standortfrage: Buechenwald oder Rosenau?*
3. *Die Frist zur Erarbeitung eines Gegenvorschlages zur Sporthallen-Initiative wird um ein Jahr verlängert.*
4. *Der Stadtrat wird beauftragt, innerhalb des Masterplanes GESAK die Motion „Tribünenersatz“ zu beantworten.*

Eintretensdiskussion:

Ruedi Manser (CVP), Präsident VBK: Die VBK konnte sich davon überzeugen, dass mit dem beantragten Planungskredit von CHF 140'000 haushälterisch umgegangen wird, da der Grossteil der Arbeiten von der Verwaltung ausgeführt wird. Mit der Grundsatzabstimmung wird Neuland betreten. Die Zukunft des Hallenbades und dessen Standort sind jedoch zentral für die Sportstättenplanung. Das Abstimmungsresultat bildet die Grundlage für die weitere Planung. Zu Antrag 3; gemäss Art. 48 Abs. 3 RIG kann das Parlament die Frist für die Erarbeitung eines Gegenvorschlages zur Sporthalleninitiative um ein Jahr verlängern.

Hanspeter Fröhlich (FDP) fragt sich, ob das Parlament hier seine Führungsverantwortung wahrnimmt. Dieses hat den Auftrag, konkrete Vorlagen auszuarbeiten. Im Rahmen des GESAK ist eine Gesamtbeurteilung vorzunehmen. Das Hallenbad ist Teil des GESAK und nicht umgekehrt. Ziff. 2 des Antrages der VBK ist ersatzlos zu streichen. Eine Grundsatzabstimmung ist verbindlich. Wie soll die Bevölkerung die komplexen Fragen beantworten können? Mit Antrag 2 kaufen wir die Katze im Sack. Antrag 1, 3 und 4 wird zugestimmt.

Alfred Zahner (FLig): Die Arbeit der VBK war pragmatisch und lösungsorientiert, es ist auch fraglich, ob der Streichungsantrag der FDP überhaupt zulässig ist. Bei der Abstimmung kann mit Ja oder Nein gestimmt werden. Der VBK Antrag bewirkt, dass ein Grossteil der Arbeit in den Abteilungen Hochbauamt und Stadtentwicklung geleistet werden kann. Die FLig unterstützt die Anträge 1-4.

Florian Kobler (SP): Die SP-Fraktion unterstützt alle gestellten Anträge. Die Sportstätten sind renovationsbedürftig und teils veraltet. Das Hallenbad hat seine Lebensdauer erreicht. Die Frage des Hallenbads ist ein zentraler Punkt des Sportanlagenkonzepts. Damit rasch weitergearbeitet werden kann, braucht eine klare Haltung der Bevölkerung.

Norbert Hug (CVP) appelliert dem GESAK ein Gesicht zu geben und neue Wege zu beschreiten. Der Masterplan GESAK soll zügig weiter getragen werden. Die CVP unterstützt die vier Anträge der VBK.

Benno Koller (SVP): Diese Vorlage hat eine grosse finanzielle Tragweite. Die Umsetzung des GESAK dürfte Investitionen von rund 40 Mio. Franken auslösen. Die SVP unterstützt die gestellten Anträge, insbesondere zur Grundsatzabstimmung Hallenbad. Der Erschliessung der Standorte Buechenwald und Rosenau ist die nötige Beachtung zu schenken. Ein weiterer Standort im Gebiet Moosburg sollte ebenfalls noch geprüft werden.

Felix Koller (FDP): Das GESAK ist grundsätzlich richtig. Antrag 2 ist unnötig, bindend und riskant. Vorerst sollte nochmals hinterfragt werden, worüber die Bevölkerung zuerst abstimmen sollte. Erst müssen die Kosten für ei-

nen Neu- oder Umbau vorliegen, dann erst kann über einen Standort entschieden wird. Die VBK soll dies nochmals prüfen, erst dann soll der Stimmbürger gefragt werden. Antrag 2 soll deshalb jetzt gestrichen werden.

Stefan Lenherr Stadtrat: Das Hochbauamt wird die Kostenfrage seriös abklären. Wir sind uns bewusst, dass es sowohl beim Standort Rosenau, als auch beim Standort Buechenwald mehrere Varianten gibt. Sagt man ja zu einem Hallenbad beim Standort Buechenwald, wird Raum in der Rosenau frei. Zeigen wir etwas Mut und gehen diesen neuen Weg.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benützt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

1. Antrag 1 wird einstimmig angenommen.
2. Antrag 2 wird mit 25 Ja- gegen 4 Neinstimmen, bei 1 Enthaltung zugestimmt.
3. Anträge 3 und 4 werden einstimmig angenommen.

03.04

Überarbeitung Stadtentwicklungskonzept und Richtplan; Rahmenkredit; Einsetzung VBK

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 3. April 2013 mit folgendem Antrag:

Für die Überarbeitung des Stadtentwicklungskonzeptes und des Richtplans wird ein Rahmenkredit von CHF 500'000 (inkl. MwSt.) gewährt.

Das Präsidium beantragt die Einsetzung einer VBK (5).

Für die Kommissionsbesetzung liegen folgende Nominationen vor:

FDP	Fröhlich Hanspeter	Präsident
CVP	Cozzio Leo	Mitglied
FliG	Sutter Erwin	Mitglied
SVP	Albrecht Frank	Mitglied
SP	Bürki Karl	Mitglied

Beschluss des Stadtparlamentes:

1. Dem Antrag wird mit wenigen Gegenstimmen zugestimmt.
2. Die vorgeschlagenen Mitglieder werden in die VBK gewählt.

03.05

Geschäftsreglement Stadtparlament; Revision

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Präsidiums mit folgendem Antrag:

Die Revisionsvorschläge vom 23. April 2013 werden in das Geschäftsreglement aufgenommen.

Eintretensdiskussion:

Norbert Hälg (FDP) weist auf die Bedeutung des Geschäftsreglements hin. Es ist wichtig, dass das Reglement an die heutigen Realitäten angepasst wird, damit diesem auch in allen Teilen nachgelebt werden kann. Mit der neuen Möglichkeit, Geschäfte vom Präsidium direkt an eine VBK zu überweisen, wird die Effizienz gesteigert.

Detaildiskussion:

Wird nicht benützt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Das neue Geschäftsreglement wird einstimmig beschlossen.

03.06 Neuer Vorstoss

Postulat eingereicht von SP Fraktion, Florian Kobler: Attraktives Wohnungsangebot für alle. 13 Mitunterzeichner.

Der Präsident



Fredi Mosberger

Der Stadtschreiber-Stellvertreter



Erwin Stadler

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 17. Mai 2013 genehmigt.